

GRÜNER Rundbrief

Kreisverband Karlsruhe-Stadt 08/2002 (August/September)

<http://www.gruene-karlsruhe.de>

Liebe Freundinnen und Freunde,

Der Tag der Bundestagswahl und die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands rückt immer näher. Ich glaube, dass die TV-Duelle zwischen Schröder und Stoiber maßgebend sind für die Entscheidung der Bürger! An unserem Wahlkampf hier in Karlsruhe arbeiten viele motivierte Mitglieder mit, auch wenn die Zahl in den Urlaubswochen sehr geschrumpft ist. Aber dennoch werden wir in den nächsten Wochen alle noch mal kräftig zupacken.

Wie ihr vielleicht schon mitbekommen habt, hat sich im Juni die Grüne Jugend Karlsruhe gegründet. Präsent war sie auf dem Fest in der Günther-Klotz-Anlage und beim Open-Air am Schloss Gottesaue. Nun suchen sie neue Mitglieder, um ihre Gruppe zu vergrößern. Wer zwischen 16 und 28 Jahren ist, sich für grüne Politik interessiert und Spaß haben will, der ist da genau richtig.

Am 7. September veranstalten wir eine Aktion gegen die U-Strab. Wir wollen in einer „Stoff-Strassenbahn“ den Verlauf der Stadtbahntrasse über die Kriegstrasse aus unserem Vorschlag zur Entlastung der Kaiserstrasse aufzeigen. Ich bitte dazu um zahlreiches Erscheinen, denn wir sind uns doch fast alle einig:

Karlsruhe braucht eine oberirdische Lösung!!

Jetzt wünsche ich euch noch schöne Sonnentage. Bis zu den nächsten Veranstaltungen,

Karin Heidke

**Gemeinsame
Mittgliederversammlung
KV Karlsruhe-Stadt/ OV Durlach
Festhalle Durlach, Durlacher
Stubb“ um 20 Uhr**

**- Ökol. Landwirtschaft, Referent:
Helmut Petrik, Bioland
Regionalgruppe Karlsruhe**

**- Finanzantrag des Vorstandes:
Erhöhung des Budgets BTW um
2500 €**

**- Finanzantrag des Vorstandes:
Kauf von Bürostühlen, ca. 600 €**

Wir stellen ein:
Eine(n) Raumpfleger(In),
gerne auch Schüler(In),
2 h / Woche
9€uro / Stunde
Interesse?
Meldet euch im Büro!

Sponsor gesucht:

Die BNN, die der Kreisvorstand
z.Zt. bezieht, wird von einem
GRÜNEN-Mitglied gesponsort.
Dieses Mitglied hat leider das Abo.
bis zum 17.9.02 gekündigt.
Deswegen suchen wir jetzt einen
neuen Sponsor:

Wenn du lustig bist, den
GRÜNEN, die ja Regierungspartei
sind, eine Beobachtung der
lokalen Presselandschaft zu
ermöglichen, und du meinst, ja das
ist wichtig, dann melde dich ganz
einfach im Büro.

Aus dem Vorstand:

Pressemitteilung

Der Vorstand des grünen Kreisverbandes Karlsruhe begrüßt die Initiative des VCD mit seinem Dreistufenplan für die City 2015. Das Konzept bemühe sich sichtlich um einen Kompromiss, der zum Ziel habe, durch eine vernünftige zeitliche Staffelung der Maßnahmen zu einer von der Mehrheit der Bürgerschaft akzeptierten Lösung zu kommen. Die Kombilösung sei nicht Thema des Bürgerbeteiligungsverfahrens gewesen, stellt der VCD sehr zutreffend fest. Insofern kann der OB in diesem Punkt auch nicht so tun, als handle es sich bei diesem Vorschlag um die Essenz der Wünsche und Anregungen aus der Bürgerschaft.

Wenn selbst die U-Strab Befürworter einräumen, so fragen die Grünen, dass der Umbau der Kriegsstraße breiter Konsens sei, wieso ist es dann nicht die logische Folgerung für den Bürgerentscheid, dass diese Maßnahme auch mit absoluter Priorität behandelt wird?

Die Grünen geben weiter zu bedenken, dass die Koppelung der beiden Baumaßnahmen U-Strab und Kriegsstraße rechtlich überhaupt nicht zulässig ist. Dies gelte insbesondere für die standardisierte Bewertung als Voraussetzung für Bundeszuschüsse.

Des weiteren muss sich die Stadtverwaltungsspitze fragen lassen, welche Alternativen sie bereit hält, sollte die Kombilösung von den Bürgern abgelehnt werden. Es hat nach Meinung der Grünen den Anschein, als sollten die Menschen, die begründete sachliche Einwände gegen den Tunnel haben, vor die unakzeptable Wahl gestellt werden, dass sie entweder die Kriegsstraße nur mit einem Tunnel haben könnten oder aber lange Zeit absoluter Stillstand in der Stadt herrsche.

Gez. Michaela Müller

Bündnis90/Die Grünen, Kreisverband
Karlsruhe

TERMINE:

Siehe auch: <http://www.gruene.de/Karlsruhe/Termine/termine.htm>

Mo 02.09. 19.30 Uhr Wahlkampfpodiumsdiskussion Wettersbach, mit Dr. Gisela Splett Carl-Benz-Schule, Wettersbach
Mi 04.09. 14.30 Uhr der Seniorenausschussett des DGB lädt ein zum Podium zur Bundestagswahl, mit Dr. Gisela Splett DGB Haus Karlsruhe

**Mi 04.09. 20.00 Uhr Winfried Kretschmann (Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Landtag) Karlsburg, Durlach
„Was heißt eigentlich ökologische Politik“**

Do 05.09. 20.00 Uhr Wahlkampfkommission Grünes Büro, Sophienstr. 58
Fr 06.09. tagsüber Das Genmonster kommt auf Karlsruher Märkte Stephanplatz, Durlacher Marktplatz, Marktplatz Karlsruhe
Fr 06.09. 20.00 Uhr Podium Attac und APDW, mit Dr. Gisela Splett Zieglersaal, Baumeisterstrasse
Sa 07.09. tagsüber Das Genmonster kommt Ettlingen, Bretten, Bruchsal
So 08.09. 10.00 Uhr Politischer Sonntags- Frühschoppen GRÜNE und attac - Gegner oder Verbündete? Cafe Palaver, Steinstr. 23
Mo. 09.09. tagsüber Jürgen Trittin on Tour Bruchsal, Pforzheim, Langensteinbach

**Mo 09.09. 19.30 Uhr
Große WK-Veranstaltung mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin
„Karlsburg“ Durlach, Musik: Duo Degado**

Mi 11.09. 19.30 Uhr Podium und Veranstaltung Stadtjugendausschuß, mit Dr. Gisela Splett, Jubeez-Cafe

Mi 11.09. 20.00 Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung KV Karlsruhe/ OV Durlach: Thema: Ökol.Landwirtschaft, Referent: Helmut Petrik, Bioland Regionalgruppe Karlsruhe, Festhalle Durlach, „Durlacher Stubb“

Do 12.09. 19.30 Uhr Wahlforum Bürgerverein Oberreut, mit Dr. Gisela Splett Weissen Rose, Oberreut
Do 12.09. 20.00 Uhr Wahlkampfkommission Grünes Büro, Sophienstr. 58
Fr 13.09. 19.30 Uhr BT- Kandidatenvorstellung des Bürgervereins Knielingen, mit Dr. Gisela Splett, Sängerknien
Mo 16.09. 18.00 Uhr Podium zur PISA-Studie Humboldt Gymnasium

**Di 17.09. 20.00
AWO Heim, Dörnigstrasse 7
Afrika – der vergessene Kontinent, Globalisierung und Gerechtigkeit
Uschi Eid, Spitzenkandidatin Bündnis90/ DIE GRÜNEN Baden- Württemberg
Christine Geiger, Bundestagskandidatin, Karlsruhe-Land
Marianne Bale, „Womens Panafrican Liberation Organization“(NGO)
Afrikanische Rhythmen mit der Band „Novilolo“**

Mi 18.09. 20.00 Uhr Podium: „ Christen fragen, Politiker antworten“ mit Dr. Gisela Splett Ev. Gemeindehaus, Rüppurr
Do 19.09. tagsüber Winne Hermann, MdB, vor Ort Plankstadt, Weingarten

Do 19.09. 20.00 Uhr Winne Hermann zur GRÜNEN Verkehrspolitik, Kolping-Restaurant, „Gut´Badisch´Stub“

So 22.09. Wahlparty Grünes Büro, Sophienstr. 58

Aus dem Gemeinderat

Pressemitteilung

Nichts tun ist besser als mit viel Mühe nichts schaffen. LAO-TSE

City 2015 Begleitausschuss am 12. Juni 2002:

**Bürgerbeteiligungsverfahren:
Erwünschtes Finale nach einem durch und durch zweifelhaften Verfahren
BürgerInnenfestung nach vielen taktischen Winkelzügen geschleift?
GRÜNE fordern schriftlich:
sachliche und finanzielle Erklärung für das Umschwenken der VBK/OB auf die Kombilösung**

Stadtrat **Harry Block** erklärt zum veröffentlichten Ergebnis des Begleitausschusses CITY 2015 vom 12. Juni:

Nachdem sich im offenen Bürgerverfahren eine überwältigende Mehrheit der Arbeitsgruppen für eine oberirdische Lösung ausgesprochen haben, wurde dies von der Stadt nicht respektiert sondern es wurden Schritt für Schritt Gegenmaßnahmen ergriffen. Das mit vorwiegend städtischen Bediensteten gestellte Expertenforum kam entsprechend zu einem dem BürgerInnenvotum gegenteiligen Ergebnis. Alles muss runter. Die Fenrichsche Alles-in den-Tunnel-Lösung hatte anscheinend ihren gutachterlichen Segen und wurde vom Chef der Verkehrsbetriebe, Herrn Ludwig, auf der Mai-Sitzung des Begleitausschusses als einzig mögliche Variante gepriesen. Nun musste das Ganze nur noch einmal durchgekocht, neu aufbereitet und serviert werden. Repräsentativ wurden 140 Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadt- und Landkreis zu Ergebniskonferenz am 6. Juni und 8. Juni eingeladen. Aus dem Landkreis kamen von 70 zwar nur 38, aber das tat der Repräsentativität scheinbar keinen Abbruch.

Stadt und Land wurden, ganz entgegen dem Gemeinderat vorgelegten Plan, auch nicht jeder für sich genommen moderiert. Nein man änderte aus uns nicht bekannten Gründen, und vor allem entgegen der Vorstellung der Verfahrensbeteiligten im Gemeinderat die Absicht und warf Stadt und Land einfach in 10 Arbeitsgruppen zusammen. Trotzdem wundert es da, dass das Ergebnis schließlich lautete: 95% aller Anwesenden wollten die Alles-in-den-Tunnel-Lösung und 5% wollten eine reine Kriegsstraßenlösung. Hurrah endlich ein Ergebnis welches den Oberbürgermeister bestätigt. Noch besser: 100 % der Auswärtigen wollen die Fenrichsche Alles-in-den-Tunnel-Lösung. Das verwundert nicht. Was kümmert einen Stutenseer, ob die Stadt 450 Millionen Euro unter die Erde betoniert, die Karlsruher komplizierter Umsteigen oder die Kaiserstraße für 10 Jahre zur Baustelle etc. wird? Aber warum gab es unter den repräsentativ ausgewählten Menschen nicht eine einzige Person, die eine irgendwie geartete Mischlösung anstrebte? Alles oder Nichts, das kann es wohl nicht sein. Gleichzeitig wurden aber laut Protokoll aber auch alternative Streckenführungen im Maßnahmenteil überlegt, bei der auch "Streckenführungen teilweise auch in der Kriegsstraße verlaufen" können. Das gibt weder formal noch inhaltlich eine nachvollziehbare Entscheidung zugunsten einer Alles-in-den-Tunnel-Lösung. Trotzdem ist dies alles schon längst Vergangenheit, so dass das Bürgerforum II nur noch eine Formalie darstellt.

Unter Verschiedenes wurde es dann in der Sitzung eigentlich erst spannend. Unter dem Motte: Was kümmert uns unser Geschwätz vor 4 Wochen, ist nun vom Oberbürgermeister die Kombilösung als von allen favorisiert in die Diskussion eingebracht worden. Da wollte der Vertreter der Grünen, Harry Block, wissen wie es nun um die Kombilösung fachlich und finanziell bestellt sei. Fehlanzeige am 12. Juni. Auf die Frage, wann bekommen die Fraktionen detaillierte Pläne, Linienkonzepte etc. auf den Tisch gelegt, antwortete Herr 1. Bürgermeister König: "So um den 4. Juli herum." Dies wird von Block als viel zu spät erachtet. Die

Zeitschiene sieht ja schon am 23. Juli die Endabstimmung im Gemeinderat vor, so dass eine intensive Vorberatung in den gemeinderätlichen Gremien nach Vorlauf in den Parteigremien und vor allem der Diskussion mit Fachleuten aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern in Bürgerversammlungen auf der Strecke bleiben muss. Wieder sehen wir eine Hopp-la-Hopp Entscheidung á la Messe auf uns zukommen. Letztere ist finanziell noch nicht geschultert. Ein neues finanzielles Großrisiko kann für die Stadt Karlsruhe schnell zum finanziellen Desaster werden, weshalb alle Details einer möglichen Kombilösung rechtzeitig und umfassend auf dem Tisch des Gemeinderates und auch in öffentlichen Diskussionen den Bürgerinnen und Bürgern bekannt gemacht werden muss. Dies ist um so notwendiger, als vor wenigen Wochen die von den GRÜNEN favorisierte und vorgestellte Lösung Kriegsstraßenumbau mit Straßenbahntrasse von den sogenannten Experten, der Geschäftsführung der VBK und dem Oberbürgermeister als weder realisierbar noch finanzierbar abgekanzelt wurde.

Wer jetzt im Galopp eine der wichtigsten Stadtentwicklungsentscheidungen für die Stadt in diesem Jahrhundert ohne Detailkenntnisse durchpeitscht, hat scheinbar keine Argumente mehr und verliert bei den in Sachen U-Strab nun total verwirrten Bürgerinnen und Bürgern den letzten Rest an Vertrauen in Gemeinderat und in die Stadtführung. Die Fachleute in der Verwaltung haben bei diesem Stadtentwicklungs-Zick-Zack-Kurs des Oberbürgermeisters schon längst den roten Faden für ihre Planungen verloren.



Pressemitteilung

VBK zieht genehmigte Oldtimer-Straßenbahn für U-Strab-Bürgerinitiative zurück

Dr. Ludwig stoppt Straba-Sonderfahrt: Panik bei den Verkehrsbetrieben

Die Bürgerinitiative zum Stopp des U-Bahn-Tunnels hatte bei den Verkehrsbetrieben eine Oldtimer-Straßenbahn für Samstag, den 20. Juli, gebucht. Am Dienstag wurde diese Bestellung auf Nachfrage mit Okay bestätigt. Daraufhin wurden mit erheblichem finanziellem Aufwand die Transparente für die Straßenbahn in Auftrag gegeben und ausgeführt. Flugblätter für diesen Zweck wurden ebenso gedruckt wie der Ablauf festgelegt. Am Freitag, den 19. Juli, gegen 10 Uhr, erfährt die Bürgerinitiative nun, dass ihr die Straßenbahn nicht zur Verfügung steht. Der bei der VBK normalerweise für solche Fahrten Verantwortliche reicht den sich nach dem Sachstand erkundigenden Stadtrat Block an eine andere Person für diese Entscheidung weiter. Dieser Mitarbeiter ist genauso wenig erreichbar wie Dr. Ludwig persönlich.

Vom Dezernat 2 (Herrn Schleckmann) wurde gegen 11.30 Uhr folgende Antwort auf den Sachverhalt gegeben:

„Dr. Ludwig gibt keine Straßenbahn an Personen, die ihm sein Geschäft kaputt machen.“

Gegen diese undemokratische, geschäftsschädigende Handlungsweise eines Geschäftsführers einer städtischen GmbH sowie dessen völlig unqualifizierte Aussage protestieren die GRÜNEN ganz entschieden. Niemand aus der BI will den Verkehrsbetrieben schaden. Ganz im Gegenteil. Die BI setzt sich für die für die VBK wesentlich kostengünstigere oberirdische Sofortmaßnahme ein. Sie verbindet Lärmschutz, und Emissionsminderung. Die Leistungsanpassung der Kriegsstraße und des VBK kommen sofort. Die Gefährdung des Einzelhandels durch den U-Strab-Bau und der ECE-Eröffnung werden gemindert.

Der historische Wandel der City nach Süden wird endlich durchgeführt. Stadtplanung und Verkehrsplanung gehen ab sofort Hand in Hand. Eine zukünftige Weiterentwicklung des ÖPNV wird überhaupt nicht behindert. Ganz im Gegenteil – nur die sofortige oberirdische Lösung ist der Garant für einen weiteren positiven Ausbau und Akzeptanz des ÖPNV in Karlsruhe. Will Herr Dr. Ludwig den Karlsruherinnen das Straßenbahnfahren verbieten, wenn diese sich am 22. September wie die BI gegen einen Tunnel mit Flaniermeile entscheiden? In Sachen Demokratie und Umgang mit politischen Gegnern muss der Chef der Verkehrsbetriebe noch viel dazulernen.

Wir fordern Herr Dr. Ludwig auf, seine Entscheidung nochmals zu überdenken und danach zurückzunehmen.



Pressemitteilung

Professorenschelte des OB ist unhaltbar

Fachkonferenz City 2015 tagte ohne die fachlich kompetenten Professoren

Versuch, fundierte Aussagen zu unterdrücken, darf es in einer

Demokratie nicht geben und kann nur scheitern

Wenn ein Stadtplanungschef laut BNN vom 20.7.2002 („OB weist mit Professorenschelte Kritik an Kombilösung zurück“) nicht weiß, was sich demnächst an der Kriegsstraße entwicklungsmäßig – nicht nur im Zusammenhang mit dem ECE-Bau – abspielen wird und keine Antwort auf das stadtplanerische Muss der Südentwicklung, auf die dann auftauchenden Probleme sowohl des Individualverkehrs als auch des ÖPNV gibt, dann sind bei ihm einige „fachliche Mängel“ festzustellen.

Wenn der Chef der Verkehrsbetriebe behauptet, dass die Aussage, „andere Städte würden U-Bahnen durch Ausbau von oberirdischen Schienenstrecken ersetzen“, falsch sei, liegt er falsch, denn die Rede war bei den Professoren bei der Wiederherstellung von Schienentrassen von Lyon und München, und dies ist nicht „falsch“, sondern korrekt. Mit Recht verweisen die Professoren auf die Renaissance der oberirdischen Straßenbahnen, als deren Vorbilder Zürich und Karlsruhe in einem Atemzug genannt werden. Dieses Erfolgsmodell ist Herr Ludwig bereit zu opfern für eine straßenbahnfreie Flaniermeile, auf deren Öde außerhalb der Einkaufszeiten die Professoren mit Beispielen belegten und auf unmittelbar angrenzende Flanierstrecken rechts und links der Kaiserstraße mit ihren einladenden Cafés und Restaurants hinwiesen.

Wenn der OB meint, die Meinung der Professoren beruhe nicht auf empirischen Fakten, sondern auf persönlicher Meinung, so stellt dies eine Herabsetzung dar, da die Beispiele u.a. von Zürich und Straßburg durchaus belegbar sind und landauf landab gelobt werden.

Selbst in der ADAC-Zeitschrift vom 10. Juli 2002 hätte der OB die Behauptungen empirisch belegt nachlesen können. Karlsruhe mit seinen oberirdischen Lösungen hat einen Spitzenplatz in jeder Hinsicht (ÖPNV wie auch Individualverkehr, wobei Letzteres GRÜNE nicht immer erfreut), deren Würdigung von einer Auto-Lobby-Zeitschrift wohl verwundern darf.

Das allseits gerühmte Stuttgarter U-Bahn-System ist nicht nur das teuerste, sondern nach der Meinung der Leser der ADAC-Schrift auch im ÖPNV mit Abstand das schlechteste, und was am meisten verwundert, bezüglich der Verkehrssituation wird es von den ADAC-Lesern mit 79% als sehr schlecht eingestuft.

Warum wurden das Wissen und die ausgewiesene Kompetenz der sonst bei jeder Gelegenheit angeführten Fachleute als Standortfaktor Nr.1 der Technologieregion Karlsruhe nicht zum Fachgremium City 2015 herangezogen und zu Nutze gemacht, statt ihnen vorzuwerfen, dass einer der Professoren zur – viel zu spät angesetzten – Sondersitzung des Planungsausschusses hätte kommen sollen? (Im übrigen wurden die schriftlich vorliegenden Fragen der GRÜNEN, die nur die Planung von City 2015 betrafen, erst nach massivem Nachfragen von Stadtrat Harry Block und dann nur bruchstückhaft beantwortet). Befürchtete man, dass fachlich fundierte und auf derzeitige ÖPNV-Realität in Deutschland und Europa beruhende Konzepte, die Stadt- und Verkehrsentwicklung zusammenbringen, nicht in Übereinstimmung zu bringen waren mit dem gewünschten eigenen Konzept, das zunächst aus dem Totaltunnel mit vier Abzweigen bestand? Bestand die Furcht, dass die außer Zweifel stehende Kompetenz der Wissenschaftler, die die Karlsruher Situation in jeder Hinsicht kennen, z.B. auch in Sachen Kriegsstraße und mögliche Führung von Regionallinien, das Urteil der handverlesenen „Experten“ im City-2015-Verfahren hätte beeinflussen bzw. umlenken können.

Die ihre Meinung von heute auf morgen verändern könnenden Fachleute aus dem Rathaus sollten bei ihrer Kritik an allen Kritikerinnen und Kritikern ihrer Lösungen nicht vergessen, dass die Halbwertszeiten ihrer Vorschläge sich in Wochen messen lassen. Eine fachlich fundierte, finanziell abgesicherte, verkehrlich und städtebaulich fundierte Eingehensweise auf ihre Vorschläge ist so weder Fachleuten als auch Gemeinderätinnen und Gemeinderäten nicht möglich.

Fazit: Nicht nur der Technologieregion hat der OB und seine Angestellten mit diesen durch nichts zu rechtfertigten Versuch von Verunglimpfung von europaweit hoch angesehenen Verkehrs- und Städteplanern einen Bärenienst erwiesen.

Pressemitteilung

CITY 2015 – GRÜNE wollen wissen:

Wieviel wendet die Stadt für Eigenwerbung auf – was blieb für die Bürgerbeteiligung hängen?

Mittels einer Anfrage an die Stadtverwaltung wollen die GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat genaue Auskunft darüber erhalten, wie sich die Kosten im laufenden Projekt CITY 2015 zwischen der Werbung der Stadt in eigener Sache und dem Bürgerbeteiligungsverfahren verteilen.

Die verkehrspolitische Sprecherin der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion, Stadträtin **Gisela Splett**, erläutert dazu:

“Durch den Einbezug des aufwendigen Bürgerbeteiligungsverfahrens in das Projekt CITY 2015 sind in der Öffentlichkeit und bei den BürgerInnen große Erwartungen geweckt – und dann bitter enttäuscht worden. Inhaltlich wurde das fast durchgängige Votum gegen einen Straßenbahntunnel ignoriert und gegen den Wunsch einer straßenbahnfreieren Kaiserstraße ausgespielt. Zudem wurden – noch während des Beteiligungsverfahrens – massive Werbeaktionen für die Vorschläge des OB (Tunnel-Lösung, große Tunnel-Lösung, schließlich Kombi-Lösung) gestartet. “Es ist klar”, so **Gisela Splett**, “ dass die Stadt mit ihren Möglichkeiten und Ressourcen den BürgerInnen in dieser Hinsicht weit überlegen ist.”

Zur ihrer Anfrage verweist **Gisela Splett** darauf, dass es ja gerade die angekündigte Bürgerbeteiligung war, die dem Projekt CITY 2015 den Anschein des Spektakulären gegeben hatte.

“Das hat die Stadtverwaltung sehr zielstrebig und bewusst für ihre Eigenwerbung als bürgerInnenfreundlich genutzt. Nun wollen wir wissen: Was wurde vom Säckel für CITY 2015 letztlich für die Bürgerbeteiligung aufgewendet? Wie verhält sich der Anteil der aufgewendeten Mittel zwischen Bürgerbeteiligung und den Werbeaktionen der Stadt ‚in eigener Sache‘?, - nämlich für Straßenbahntunnel, jetzt Kombi-Lösung. Wir bitten die Stadtverwaltung auch um offizielle Auskunft darüber, welches gemeinderätliche Gremium letztlich über Art, Umfang der Werbekampagne und Höhe der Mittel für die Kombilösung entschieden hat”, so **Gisela Splett** abschließend.

Pressemitteilung

**GRÜNE skeptisch: Übernimmt sich die Stadt mit der Kombilösung?
Kombilösung = das rückwärtsgewandte alte U-Strab-Modell von 1996
Ökologie und Ökonomie erfordern Priorität für den Umbau der Kriegsstraße**

Bezüglich des von Stadtverwaltung und Gemeinderatsmehrheit favorisierten U-Bahn-Projektes ‚Kombilösung‘, über das die Karlsruher BürgerInnen am 22. September per Bürgerentscheid abstimmen werden, spricht der GRÜNE Stadtrat **Harry Block** von einer “finanziellen, planerischen und baulichen Herkulestat” – mit der zwangsläufigen Folge, dass “die Kombilösung in den nächsten 10 bis 15 Jahren nur den Tunnel in der Kaiserstraße bringen wird.” Zwei gleichzeitige Großbaustellen, das habe der OB selbst klargelegt, könne Karlsruhe über längere Zeit nicht verkraften. Was dann? -fragen die GRÜNEN und Harry Block schlussfolgert: “Dieser Tunnel ist eine unumkehrbare Sackgasse, die als Flaniermeile keine Förderung aus Bundes- oder Landestöpfen erhalten wird; in der angedachten Form ist sie das rückwärtsgewandte alte U-Strab-Modell von 1996, mit der der damalige

Stadtwerksdezernent Heinz Fenrich schon eine Bruchlandung bei den Bürgerinnen und Bürgern erlebte.”

Darüber hinaus fragen die GRÜNEN, ob die Stadt dieses Projekt nach Messe und ECE überhaupt verkraften kann.

Bereits jetzt sehen sie Anzeichen für **Kapazitätsgrenzen**. “ Schon derzeit”, so Harry Block, “ ist die Stadt nicht in der Lage, die vom Gemeinderat beschlossenen Baumaßnahmen zeitgerecht und haushaltsgerecht durchzuführen. Über die Hälfte der beschlossenen Haushaltsmittel des Jahres 2001 mussten ins neue Jahr übertragen werden. Hier ist bereits eine kritische Grenze überschritten.” Die Verwaltung, so Block, schein nicht mehr in der Lage, selbst die im Bestand notwendigen Maßnahmen zeitgerecht umzusetzen.

Aber auch die notwendige Konzeptionierung fehlt nach Auffassung der GRÜNEN. Harry Block:“Die neue Friedrich-List-Schule entsteht an der Kriegsstraße ohne Straßenbahnanschluss, das ECE demnächst ebenso. Gleichzeitig entsteht Karlsruhe Südost. Alles **ohne schlüssige ÖPNV-Planung**. Diese wird durch das Credo des OB – Erst der Tunnel! – völlig blockiert.”

Nach Auffassung der GRÜNEN wäre genau jetzt der richtige Zeitpunkt für den Umbau der Kriegsstraße mit oberirdischer Straßenbahntrasse.

Auch die **angespannte Haushaltslage** der Stadt spreche gegen die Kombilösung. Zumal die Verluste der Verkehrsbetriebe voraussichtlich nicht mehr von den Gewinnen der Stadtwerke abgedeckt werden können, die Stadt dann also auch hier zuschießen müsse.

“Nicht zuletzt **ökologische Gesichtspunkte** sprechen dafür, zuerst die Kriegsstraße umzubauen”, so Harry Block weiter. “Die Lärmbelastung an der Kriegsstraße liegt bereits an der Grenze des Erträglichen (71,3 Dezibel). Im Fall der Vorläufersubstanz des Karlsruher Dauerproblems im Sommer Ozon, nämlich Stickstoffdioxid, werden die Werte der EU-Richtlinie im Jahr 2005 überschritten

werden, wie eine diesbezügliche Anfrage bei der Stadt ergeben hat.¹ Der Umbau der Kriegsstraße zur Stadtstraße mit unterirdischem PKW- und oberirdischem Straßenbahnverkehr könnte die Lärm- und Schadstoffemissionen erheblich reduzieren.

Wir bleiben dabei," fasst Harry Block seine Stellungnahme zusammen, "nur ein Ja zur Priorität Kriegsstraße bringt unsere Stadt städtebaulich, verkehrlich und lokalklimatisch vorwärts."

Pressemitteilung

Grüne unterstützen Hopp-Initiative zur Schaffung von Studentenwohnheimplätzen- „ Wir erwarten, dass sich die Stadt hier einklinkt“

Die Antwort steht noch aus auf einen Brief der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion vom 3. Juni 2002 an OB Fenrich, in dem die GRÜNEN sich dafür aussprechen, dass sich die Stadt an der Initiative des Aufsichtsratsvorsitzenden der SAP AG Dietmar Hopp zur Schaffung neuer Studentenwohnheimplätze beteiligt. In der nächsten Hauptausschusssitzung, so die Bitte der **Fraktionssprecherin Christa Caspari**, an den Oberbürgermeister, sollte die Stadtverwaltung über ihre Vorstellungen berichten, sich unterstützend in die Initiative von Herrn Hopp einzuklinken.

"Herr Prof. Fischer hat", so **Christa Caspari**, "darauf hingewiesen, dass die Fachhochschule viel mehr ausländische Studierende aufnehmen könnte, wenn genug Wohnheimplätze für diese vorhanden wären. Es ist ihm völlig zuzustimmen, dass es dem Ruf Karlsruhes nur förderlich sein kann, wenn mehr Internationalität an unseren Hochschulen zu finden ist. Nachdem auch das Land seine Unterstützung signalisiert hat, sollte die Stadt Karlsruhe sich nun bald dazugesellen, um die mögliche Schaffung der Studentenwohnheimplätze

¹ Antwort der Stadtverwaltung vom 23. Juli 2002 auf die Anfrage von Stadtrat Block

so schnell wie möglich anzugehen. Angesichts des immer noch gravierenden Mangels ist hier eine Standortfrage angesprochen: wer als Wissenschaftsstandort ernst genommen werden will, braucht genügend Wohnheimplätze für seine Studierenden. Und eine Initiative wie die vom Aufsichtsratsvorsitzenden der SAP AG Herrn Hopp (250 000 €) und das vorgelegte Standortkonzept der Fachhochschule sollten die Stadtverwaltung zu schnellem Handeln ermuntern."

Pressemitteilung

Alle Reserven ausschöpfen! GRÜNE richten Appell an die Volkswohnung: Leerstand auf vorübergehende Eignung prüfen

Im Herbst werden wieder viele Studierende, v.a. StudienanfängerInnen, in Karlsruhe ohne Wohnung oder Zimmer dastehen. In diesem Zusammenhang begrüßen die GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat die Initiativen von Studentenwerk und USTA, über Informationskampagnen noch vorhandenen Wohnraum zu erschließen. Eine Zeltstadt, wie vom USTA geplant, würde sicher spektakulär auf die Misere hinweisen.

Die GRÜNEN sehen auch Stadtverwaltung und Gemeinderat in der Pflicht.

"Als Stadt der Wissenschaft und der Technologie-Region können wir nicht umhin, die Unterbringung von Studierenden als wichtige Aufgabe zu sehen. Es prägt den Ruf unserer Stadt als Universitätsstadt, ob Studierende hier unterkommen oder nicht", so die stellvertretende Sprecherin der GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat, **Gisela Splett**. "Wie wir auf eine Anfrage² erfahren haben, stehen bei der städtischen VOLKSWOHNUNG derzeit allein 426 Wohnungen wegen bevorstehendem Abriss leer", so **Splett** weiter. "Wir appellieren an die Volkswohnung, genau

² 33. Plenarsitzung vom 23. Juli, TOP 25, Vorlage 971

zu prüfen, ob und in welchem Umfang hier Wohnraum noch vorübergehend genutzt werden könnte.“

Die GRÜNEN verweisen zudem auf die Initiative des Aufsichtsratsvorsitzenden der SAP, Dietmar Hopp zur Schaffung neuer Studentenwohnheimplätze für ausländische Studierende. Leider, so die GRÜNEN, habe sich die Stadtspitze bisher nicht erkennbar bewegt, ihren Teil zu der von Hopp in Aussicht gestellten Summe von 250 000 EURO dazuzugeben, obwohl auch das Land schon Unterstützung signalisiert habe.

Pressemitteilung

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen– Ergebnis: Neonazis fühlen sich wohl in Karlsruhe

Entsetzt zeigt sich die Sprecherin der GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat **Christa Caspari** über die Freude der Karlsruher Kameradschaft angesichts ihres Aufmarschs am 15. Juni in Karlsruhe. “Kameraden – der 15. Juni war unser Tag. Ganz klar, Karlsruhe gefällt uns wieder” vermeldet das rechtsradikale Karlsruher Netzwerk auf seiner Internetseite.

“Für mich zeigt sich damit”, so **Christa Caspari** in einer Stellungnahme, “die Strategie der Stadt, neonazistischen Aufmarsch und demokratischen Protest ‚wertneutral‘ in einen Topf zu werfen stärkt die Rechtsradikalen und düpiert die Demokraten und Demokratinnen. Es gibt Gegenbeispiele. In Städten, in denen die demokratische Öffentlichkeit bis hin zu den Spitzen der Verwaltung und des Stadtparlaments Stellung bezogen und zum demokratischen Protest aufgerufen haben, wurden die Rechtsradikalen marginalisiert und ihnen wurde gezeigt: Hier bei uns habt ihr nichts zu suchen.

Genau das ist in Karlsruhe nicht passiert. Man beruft sich u.a. auf die Resolution des Gemeinderats vom 24. Oktober 2000 “Für Menschlichkeit und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt”. Diese Resolution hätte ein Initial sein können. Nun ist sie zur Absolution umfunktioniert,

nach dem Motto: Damit haben wir unsere Pflicht getan. Diese Gemeinderatsresolution ist so im Nachhinein entwertet, zum Stück Papier degradiert worden.

Die Neonazis rekrutieren ihren Anhang aus den anwachsenden Verliererschichten einer neoliberalen Globalisierung. Abducken in die bürgerliche Scheinidylle könnte mit einem bösen Aufwachen enden. Alle demokratischen Kräfte Karlsruhes sollten darüber nachdenken, ob unsere Stadt, die Residenz des Rechts, es sich weiterhin leisten kann, zur Lieblingsstadt politischer Kräfte zu werden, die alles, was anders denkt, anders ist und anders lebt, letztlich mit brutaler Gewalt unterdrücken, ja vernichten will.”

Pressemitteilung

Solarbundesliga - Karlsruhe auf Abstiegsplatz

GRÜNE bedauern dies und erhoffen Verbesserung im nächsten Jahr

Während bezüglich des KSC vorsichtiger Optimismus erlaubt ist, ist Karlsruhe in einer ande-ren Bundesliga eher auf einem Abstiegsplatz gelandet: In der Solarbundesliga, einem Projekt der *Solarthemen* und der *Deutschen Umwelthilfe* e.V. (www.solarbundesliga.de) konnte Karlsruhe nur einen Punkt erreichen und liegt damit weit abgeschlagen hinter Ulm (8 Punkte) und Freiburg (7 Punkte). In der Gesamtwertung liegt Karlsruhe bei 341 teilnehmenden Städten und Gemeinden auf dem 257. Platz (s. Anlage).

Die umweltpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat, Stadträtin **Gisela Splett** zeigt sich enttäuscht:

“Für die nächste Saison erhoffen wir eine deutliche Verbesserung. Der Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden zeigt deutlich, dass es im umweltpolitischen Bereich und insbeson-dere auch

hinsichtlich der Solarenergienutzung in Karlsruhe noch einiges zu tun gibt. Wir GRÜNEN sehen den Ausbau der Nutzung regenerativer Energien auch als Teil einer modernen Standortpolitik. Gerade wenn man sich "TechnologieRegion" nennt und sich die Umsetzung der Agenda 21 im kommunalen Bereich auf die Fahnen schreibt, sollte man auch dafür sorgen, dass Karlsruhe bei Städtevergleichen wie der Solarbundesliga zukünftig besser dasteht."

Die grüne Fraktion fordert in diesem Zusammenhang einen weiteren Ausbau der Solar-energieförderung durch die Stadtwerke. Wichtig sei aber auch, dass die Stadt und die städtischen Beteiligungen mit gutem Beispiel vorangingen und insbesondere bei Bauprojekten Möglichkeiten der Solarenergienutzung konsequent nutzten.

Pressemitteilung

GRÜNE zum Abbau der Blumenkübel auf der Straße: "Unverständlicher Eifer der Verkehrsbehörde" – GRÜNE kündigen Antrag an den Gemeinderat zur Beibehaltung der Blumenkübel zur Verkehrsberuhigung an

Nicht immer besonders schön aber wirksam zur Verlangsamung des Verkehrsflusses sind die in die Diskussion gekommen Blumenkübel nach Auffassung der GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat. Den Eifer der Karlsruher Verkehrsbehörde beim Abbau der Blumenkübel können die GRÜNEN weder verkehrsrechtlich noch vom Sachverhalt her nachvollziehen.

"Die Begründung, jetzt werde in Tempo-30-Zonen im Durchschnitt 40 anstatt früher 50 gefahren, ist eine Einladung an die Autofahrenden, Straßenverkehrsvorschriften generell zu ignorieren. Die nächste Begründung, Blumenkübel seien Verkehrshindernisse, offenbart die Huldigung gegenüber dem

Autoverkehr," fasst die verkehrspolitische Sprecherin der GRÜNEN im Gemeinderat, Stadträtin **Gisela Splett**, ihre Kritik zusammen.

Splett weiter: "Für viele AnwohnerInnen ist es unverständlich, wenn Blumenkübel oder ähnliche Straßenmöblierung, die seinerzeit aus Sicherheitsgründen in Tempo 30 Zonen aufgestellt wurden und vielen Jahren dieser Funktion gerecht werden, entfernt werden sollen. Der Bürgerverein der Waldstadt hat sich diesbezüglich eindeutig geäußert und dabei unter anderem betont, dass beispielsweise die Kübel in der breiten und geraden Breslauer Straße stehen gelassen werden sollten, solange keine Mittel da wären, um anderweitige, baulichen Maßnahmen zu treffen. Dem schließen wir uns an."

Die grüne Gemeinderatsfraktion bezweifelt, dass die vom Amt für Bürgerservice (BUS) stattdessen angekündigten Maßnahmen wie Geschwindigkeitskontrollen im notwendigen flächendeckenden Umfang greifen werden. **Gisela Splett**: "Für ausreichende Messungen fehlen bekanntermaßen die Ressourcen. Dann werden sie meist angekündigt. Und gerade in Tempo-30-Gebieten fallen Messstellen weithin auf. Da in der StVO keine Frist für die Beseitigung von Blumenkübeln angegeben ist, können sie problemlos beibehalten werden, bis genug Geld für Rückbaumaßnahmen breiter Tempo-30-Straßen vorhanden ist."

Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion wird deshalb folgenden Antrag zur Behandlung in der nächsten Gemeinderatssitzung stellen:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass auf die Entfernung von Blumenkübeln und ähnliche "Möblierungen", die vor Jahren aus Verkehrssicherheitsgründen aufgestellt worden sind, zu verzichten. Die diesbezüglichen rechtlichen Spielräume sind voll auszuschöpfen.



Pressemitteilung

Nichts dazugelernt? – GRÜNE zur Aufhebung des Aufenthaltsverbots für Punker am Kronenplatz

Nicht überrascht sind die GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat über die Aufhebung des kollektiven Platzverbotes gegen Punker auf dem Kronenplatz in Karlsruhe durch die 12. Kammer des Verwaltungsgerichts Karlsruhe.

“Schon vor Jahren ist die Stadtverwaltung damit bezüglich des Europaplatzes spektakulär gescheitert,” kommentiert die Sprecherin der GRÜNEN im Gemeinderat, **Stadträtin Christa Caspari**, die Entscheidung des Gerichts. “Gescheitert war zudem das Innenstadtverbot für Drogenabhängige.”

Völlig recht habe das Gericht mit seiner Meinung, dass ein Aufenthaltsverbot ungeeignet sei, um Störungen öffentlicher Sicherheit zu bekämpfen. Kollektivhaftung, so Christa Caspari, lehnen die GRÜNEN ab: “Soziale Probleme lassen sich nicht vertreiben.”

Caspari: “Wir haben immer vertreten, dass der Kronenplatz für alle BürgerInnen nutzbar sein und bleiben muss. Gegen

einzelnes Fehlverhalten muss dann aber individuell vorgegangen werden. Nicht mit einer kollektiven Verbotsregelung. Alle beteiligten Stellen wissen zudem genau, dass eine solche Vertreibungsstrategie die ganze Sache nur auf den nächsten Karlsruher Platz verlagert.

Wir vermissen”, so Christa Caspari weiter”, eine Initiative seitens der Stadt, den Konflikt in Richtung Lösung anzugehen. Dazu gehört mehr Streetwork und eine Ausweitung der Angebote für Ausstiegswillige gerade aus der jugendlichen (Punker-)Szene, z.B. betreutes Wohnen oder Ausweitung der Öffnungszeiten des IGLU. Dem widerspricht durchaus nicht konsequent dafür zu sorgen, dass der Kronenplatz von BewohnerInnen, Einkaufenden, älteren Menschen und Kindern, Gewerbetreibenden aber auch Punkern gemeinsam genutzt werden kann. Wir hoffen, dass die Stadtverwaltung nun aus der Aufhebung des Platzverbots durch das Verwaltungsgerichts die richtigen Konsequenzen zieht.”

Pressemitteilung

10 Jahre nach Rio –welchen Beitrag hat Karlsruhe geleistet?

Den heute beginnenden Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung nimmt die umweltpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat, Stadträtin **Gisela Splett** zum Anlass nachzufragen: Welchen Beitrag hat Karlsruhe zur nachhaltigen Entwicklung geleistet?

Gisela Splett:“10 Jahre nach Rio ist es durchaus angebracht nach unserem Beitrag zu fragen. Was haben wir, was hat die Stadt Karlsruhe bislang zur Umsetzung der seinerzeit getroffenen Vereinbarungen beigetragen? Auch wenn sie von Rahmenbedingungen abhängig sind – in den Kommunen fallen wesentliche Entscheidungen im Hinblick darauf, wie wir die Umwelt nutzen und die Natur erhalten.”

Gisela Splett will in ihrer Anfrage von der Stadtverwaltung Auskunft darüber erhalten, wie viele ha Fläche in den letzten 10 Jahren im Gebiet der Stadt Karlsruhe überbaut wurden, wie sich der CO₂-Ausstoß und die Qualität der Luft entwickelt hat, wie viele Kilometer Fließgewässer naturnah umgestaltet wurden und wie viele ha neue Landschafts- und Naturschutzgebiete ausgewiesen wurden. Zudem wird gefragt, wie sich die Mengen an Haus- und Sperrmüll sowie von Wertstoffen entwickelt haben. Abschließend wird die Stadt gefragt, ob sie das Erreichte für ausreichend hält und in welchen Bereichen sie die Notwendigkeit gesteigerter Anstrengungen innerhalb der nächsten 10 Jahre sieht.

Der KV Karlsruhe Stadt verschenkt Plakatständer A0. Wer Interesse hat, solle sich bitte im Büro melden. Die Plakatständer bestehen aus Holz und sind in einem sehr guten Zustand

Aus dem Landtag

Folgende Beiträge von unseren Landtagsabgeordneten Renate Rastetter könnt ihr direkt unter:

www.gruene.landtag-bw.de/das_neueste.html

herunterladen

Einführung des Amtes einer oder eines Landesbeamten für den Tierschutz

Verfassungsrang des Tierschutzes in Baden-Württemberg konsequent umsetzen

und

Alles paletti? Konsequenzen aus der PISA-Studie für Baden-Württemberg PISA als Chance – Vorschläge der grünen Landtagsfraktion



Aus dem OV Durlach

MARKT DER MÖGLICHKEITEN 2002

34 Karlsruher und Durlacher Initiativen und Gruppen präsentieren sich auf dem Markt der Möglichkeiten am Samstag, 14. September 2002 von 10 - 14 Uhr im Durlacher Rathausgewölbe und auf dem Saumarkt

Wer möchte nicht in der einen oder anderen Initiative oder Gruppe mitarbeiten, um förderwürdige Projekte mit Gleichgesinnten zu unterstützen, kennt aber die Ansprechpartner oder das genaue Arbeitsspektrum der Gruppen nicht.

Die DURLACER GRÜNEN haben das schon vor Jahren zur 800-Jahrfeier von Durlach erkannt und mit der Einrichtung des nun bereits zum siebten Mal stattfindenden Markt der Möglichkeiten ein Forum für alle diejenigen geschaffen, die sich über die einzelnen aktiven Gruppen in Durlach und Karlsruhe informieren wollen.

Ähnlich wie in den letzten Jahren sind Gruppen aus den Bereichen Menschenrechte, Umweltschutz, Kinder, Jugend, Frauen, Senioren, Sozialhilfen, Kultur, Dritte Welt etc. vertreten.

Das Spektrum der Aussteller reicht von den auch überregional arbeitenden Gruppen wie "Amnesty International", "Greenpeace", "BUND", "Pro Familia", oder "Frauen für Frieden" bis hin zu den nur in Durlach und Karlsruhe arbeitende Gruppen wie "Die Orgelfabrik - Kultur in Durlach e. V.", "Löwenkindergarten", "Eine Stadt bringt was ins Rollen" oder das "Seniorenbüro Durlach". Sie alle und weitere Initiativen werden über Ihre Tätigkeiten informieren.

Hinter jeder Vereinigung stehen Menschen und reale Absichten. Die BesucherInnen haben während des Markt der Möglichkeiten die gute Chance direkt persönlichen Kontakt aufzunehmen mit den aktiv tätigen Mitgliedern der einzelnen Gruppen. Neben der Ausstellungspräsentation wird ein

interessantes Kultur- und Begleitprogramm geboten.

Speziell für Kinder gibt es wieder zahlreiche phantasievolle Aktivitäten. Auch Ponyreiten ist während der Veranstaltung möglich.

Außerdem gibt es verschiedene kulinarische Angebote sowie Getränke aller Art. Im Kultur- und Musikprogramm sorgt die bekannte Durlacher Band DIE NASEN für stimmungsvolle Musik.

Im letzten Jahr hatte die Open-Air-Veranstaltung etwa 1.000 BesucherInnen. Die Veranstalter hoffen, die Resonanz in diesem Jahr weiter steigern zu können. Es ist jetzt schon abzusehen, dass der inzwischen zur festen Institution gewordene Markt der Möglichkeiten wieder ein buntes, unterhaltsames und informatives Stadt-Ereignis - nicht nur für Durlach - wird. Der Saumarkt bietet dazu ein schönes und ideales Ambiente und ist mit der Straßenbahn Linie 1 und 2 sehr gut zu erreichen.

Bernhard Harzer/ OV Durlach



Aus der GRÜNEN Jugend

Grüne Jugend auf dem Fest

Dieses Jahr waren wir mit einem Stand der Grünen Jugend Karlsruhe auf dem Fest in der Günther-Klotz-Anlage vertreten. Zwischen den Jusos und der ATTAC-Jugend hatten wir angenehme Gesellschaft an unserem Platz in der Infomeile. Mit aktuellen Plakaten aus dem Bundestagswahlkampf war unser Stand schnell ein Platz für anregende Diskussionen zu den Themen unserer Partei.

Auch das kam das Thema U-Strab nicht zu kurz. Dabei war schnell klar, dass die Bürger von Karlsruhe sehr schlecht oder gar nicht über das Thema informiert waren. Daher haben uns sonntags zwei Mitglieder aus dem Vorstand des KV's hilfreich zur Seite gestanden, um die Fragen von Bürgern ausreichend zu beantworten.



GRÜNES Büro Karlsruhe:

Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe
Tel.: 2031232, Fax.: 2031234,
kv.karlsruhe@gruene.de
Internet: <http://www.gruene-karlsruhe.de>
Sprechzeiten Di, Mi, Do 9 - 12 Uhr und Do 20 – 22
Uhr Dr. Dorothea Polle-Holl

Bundestagsbüro Monika Knoche

Weinbrennerstr. 44, 76135, Tel.: 22454, Fax.:
205125, Di, Mi, Do 15-18 Uhr, Dieter Emig,
Deutscher Bundestag, Luisenstr. 32-34, 10117
Berlin, Tel: 030/22771596, Fax: 030/22776271

Landtagsabgeordnete:

Renate Rastätter, Lenzstraße 10, 76137,
Tel: 812566, Fax 9812701, Mitarbeiterin: Gisa Raiß
Büro Stuttgart: Di, Mi 9-17.30 Tel.:0711/2063680

Kreisvorstand:

Michael Borner, Augustastr. 7, 76137, Tel. 818165
Karin Heidke, Mondstr. 4, 76135, Tel. 859002
Michaela Müller, Goethestr. 15, 76135, Tel. 856436
Dr. Heike Puzicha-Martz, Hildebrandstr. 31a,
76227, Tel. 494398
Andreas Severidt (Kassierer), Tel. 0171/1172408
Tim Wirth, Vorholzstr. 56, 76137, Tel. 826570

Ortsverein Durlach:

Dietmar Maier (Komm. Kassierer), Pfinztalstr. 85,
76227, Tel. 9414961
Dr. Heike Puzicha-Martz, Hildebrandstr. 31a,
76227, Tel. 494398
Wolfgang Semmler, Bienleintorstr. 37, 76227,
Tel.: 406252

Ortsverein Neureut:

Georgia Hoffmann-Metzger, Bocksdornweg 10,
76149, Tel. 71147
Ruth Kies, Kirchfeldstr. 89, 76149, Tel. 784567

Ortsverein Ost (Ostst., Rinth., Hagsf., Waldst.)

Sibylle Nies de Alva, Tel. 685864

Ortsv. Rüppurr/Weiherfeld/

Dammerstock
Ulrike Waltz, Tel. 888318

FachsprecherInnen

Michael Borner, Tel. 818165, Kinder, Jugend
Dr. Markus Nitschke, Tel. 0171/1229336,
Gesundheit
Andreas Ruthardt, Tel. 482038, Energie, ökol.
Bauen
Klaus Stapf, Tel. 403235, Arbeit, Wirtschaft,
Ökologie
Tim Wirth, Tel. 826570, Verkehr, ÖPNV

AK Frauen über Doro Polle-Holl, Tel. 2031232

GRÜNE Jugend Karlsruhe

Karin Heidke 0721/859002
Pascal Renand 0721/706684

**ENTGELT BEZAHLT
BEIM POSTAMT 11
76 133 KARLSRUHE**

Bei Unzustellbarkeit oder Mängel in der Anschrift
Anschrittsberichtigungskarte senden an:
GRÜNE, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe

Büro der Gemeinderatsfraktion:

Hebelstr. 13, 76133, Tel. 29155, Fax 29156, Mo-Do
9-13 Uhr, Fr 9-12 Uhr, Gabi Schiller, Dieter Emig
gruene-fraktion@karlsruhe.de

Gemeinderatsmitglieder:

Harry Block (Abfall, Energie, technischer
Umweltschutz, ÖPNV), Fritz-Erler-Str. 11, 76133,
Tel. 374608

Christa Caspari, Fraktionssprecherin (Jugend,
Soziales, Frauen, Sport), Richard-Wagner-Str. 6,
76185, Tel. 853842, Fax 811140

Mecnun Ölmez, (MigrantInnen, Flüchtlinge,
Integration, Schule) Kanalweg 44, 76149, Tel.
3500734

Dr. Gisela Splett, stellv. Fraktionssprecherin
(Stadtplanung, Kultur, Naturschutz, Verkehr,
Tierschutz), Breslauer Str. 43d, 76139, Tel.
9687186

Klaus Stapf, (Wirtschaft u. Arbeit, Demokratie,
Gesundheit, Verwaltung), Amthausstr. 22, 76227,
Tel. 403235

Grüne Regionalverbandsfraktion

Mittlerer Oberrhein

Klaus Stapf, Sprecher, Tel. 403235

Ortschaftsratsmitglieder:

Durlach:

Hildegund Brandenburg, Badenerstr. 21, 76227,
Tel. 42898

Brigitte Keßler, Oberlinstr. 15, 76227, Tel. 44513
Ralf Köster, Säckinger Str. 10, 76227, Tel. 494989

Grötzingen:

Alexandra Knöbl, Im Brühl 7, 76229, Tel. 483054
Eberhard Dehne-Niemann, Ziegeleistr. 2a, 76229,
Tel. 482668

Neureut:

Ruth Kies, Kirchfeldstr. 89, 76149, Tel. 784567

Wettersbach:

Marjette Gäb, Im Kloth 54, 76228, Tel. 453364

Wolfartsweier:

Roland Renger, Am Zündhütte 14, 76228, Tel.
47123

Bankverbindung:

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Kreisverband Karlsruhe
Kto. 509 172 1, Ökobank Frankfurt, BLZ 500 901 00